



### Die zentralen Verhandlungen

zur Schaffung eines neuen Lohnabkommens mit dem unjenseit Reichstarif für das Buchbindergewerbe anerkennenden Arbeitgeberorganisationen sind gescheitert. Das ist mit bürren Worten das Resultat der am 10. und 11. Mai in Leipzig geführten Verhandlungen. Am 10. Mai, nachmittags 5 Uhr, die Vertreter der beiden Parteien sich an den Verhandlungstisch setzten, da hatte jeder der Teilnehmer auf der Seite der Arbeitnehmer das sich als richtig erweisende Gefühl, daß an ein Übereinkommen so lange nicht zu denken sein werde, solange nicht die im gleichen Hause lagenden Buchdrucker zu einer Verhandlung gekommen sind. Obwohl somit unsere Unternehmer sich bestig sträubten, auch der Buchbinderarbeiterschaft das zu geben, was den Buchdruckern gegeben wird — „Wir wollen nicht den Buchdruckern alles slavisch nachahmen“, war das Fährliche, fast bis zum Ueberdruß uns entgegengehaltenes Wort —, so legten sie ihre Taktik diesmal ganz offensichtlich daraufhin fest, unter keinen Umständen ein Zugeständnis zu machen, ehe nicht Klarheit über den Ausgang der Verhandlungen der Buchdrucker gegeben war.

Zu Beginn der Verhandlungen betonte der Vorsitzende der Unternehmer, der Syndikus der Papier verarbeitenden Industriellen („Api“), Herr Dr. Heßgen, daß in Leipzig beschlossen sei, am 10. Mai neue Verhandlungen gemeinsam mit den Buchdruckern oder, wenn dies nicht möglich sei, doch zu gleicher Zeit mit diesen zu führen. In sachlich richtiger Weise bemerkte er weiter, daß das geltende Lohnabkommen bis zum 31. Mai in Wirksamkeit bleibe, falls es nicht zu einer Einigung käme. Der Hinweis nun, daß das Lohnabkommen nur erst kurze Zeit Bestand habe und darum noch nicht genügend Zeit zu seiner Auswirkung habe finden können, veranlasse die Unternehmer, jetzt jede Forderung abzulehnen und die im Vertrag selbst vorgesehene Gesamtklausel anzuwenden und das laufende Lohnabkommen bis Ende Mai wirken zu lassen. Er erklärte, daß auch die Buchdruckerseite fest entschlossen sei, den Buchdruckergehältern keinerlei Lohn-erhöhungen zuzugestehen. Zugleich teilte er mit, daß die Buchdruckerseite unseren Reichstarif abgelehnt hätten. Alle diese Umstände bräuteten es mit sich, daß es zwecklos sei, in die eigentlichen Verhandlungen einzutreten, die doch nicht zu einem Resultat führen würden. — Als Sprecher der Arbeitnehmer truf Hanssen diesen Darlegungen in scharf pointierten Ausführungen entgegen. Wenn es auch nicht möglich gewesen sei, zusammen mit den Buchdruckern zu verhandeln, dann müsse man eben neben diesen tagen und für die Buchbinderseite weitere ein besonderes Abkommen treffen. Nach weiterer kurzer Rede und Gegengewede wurde die Aussprache auf den 11. Mai vertagt.

Zu Beginn der Sitzung am 11. Mai begründete

Hanssen die Forderung der Arbeiterschaft auf neue Feuerungszulagen, dabei auf die noch immer trotz Bestehens der Verluste weiter stark anziehende Preisgestaltung verweisend. Unter anderem zitierte er die Berechnungen Stanzniss über die sprunghafte Erhöhung des Existenzminimums, die allmonatlich auch in der „Buchbinder-Zeitung“ veröffentlicht werden; und unterbreitete den Unternehmern folgende Forderung mit Wirkung ab 13. bzw. 14. Mai:

Es sind allen männlichen Arbeitnehmern auf die am 12. Mai bezogenen Löhne in allen Altersklassen und Ortsklassen 1,25 Mk. zu zahlen. Unter den gleichen Bestimmungen an alle weiblichen Arbeitnehmer 0,75 Mk.

Die **Akkordarbeiter** erhalten auf den nach dem Reichstarif erzielten Lohn einen Zuschlag an Stelle der bisher gezahlten 35 Proz. für die Folge 60 Proz.

Nach einer Sonderberatung der Unternehmer erklärten diese, auf ihrem ablehnenden Entschluß beharren zu müssen, wobei sich zum wiederholten Male eine längere Diskussion über die Auslegung der tariflichen Bestimmung über das Inkrafttreten eines neuen Lohnabkommens entspann und die Unternehmer dem laufenden Abkommen gar noch über den 31. Mai hinaus Geltung zusprechen wollten. Nach ihrem Willen sollte sich die Arbeiterschaft auf eine höhere Warte stellen, als alle vier Wochen mit neuen Lohnforderungen zu kommen, wie der Syndikus des Verbandes deutscher Buchbindermeister, Herr Reichsanzwält Dr. Schiller, sagte. Nachdem alle Register gezogen und nichts es vermochte, auch nur das geringste Zugeständnis den Unternehmern zu erlösen, wurde der Vorschlag gemacht, das Reichsarbeitsministerium entscheiden zu lassen. Auch das lehnten die Unternehmer ab, weil sie bereit seien, Ende Mai in neue Verhandlungen einzutreten und das laufende Abkommen bis Ende Mai Geltung habe. Auf diese Weise konnte es natürlich nicht zu einer Verständigung kommen und die Verhandlungen mußten ergebnislos bleiben, weil die Unternehmer sich auf den Schein stützten. Jede ihrer Erklärungen enthielt den Satz, daß die Verhandlungen gescheitert seien, obwohl von ihrer Seite gar nicht der Versuch zum Verhandeln gemacht wurde. Sie wollten keine Verhandlungen, weil nach dem Wortlaut der Weimarer Abmachungen ja tatsächlich das Lohnabkommen bis Ende Mai Geltung hat, wenn es nicht vorher zu einer Verständigung kommen sollte. Beschlossen wurde, daß am 27. Mai in Eisenach eine erneute Verhandlung festzusetzen habe.

Dann entspann sich noch eine kurze Diskussion über unsere Forderung auf Bezahlung der Generalkreistage. Schon am 20. März hatte die Zentralarbeitsgemeinschaft sich dahin ausgesprochen, daß „wirtschaftliche Weisheit es gebiete, in diesem außerordentlichen Falle für die Zeit des Generalkreistags eine weitgehende wirtschaftliche Bei-

hilfe“ der Arbeiterschaft zu gewähren. Die Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach aber hat sich doch erst nach mehrfachen Verhandlungen dazu entschließen können, sich dieser Empfehlung in etwas anzupassen. Erst in der Sitzung vom 27. April brachte sie einen Beschluß zustande, in dem der Vorstand der Reichsarbeitsgemeinschaft für das Papierfach empfiehlt, den Arbeitnehmern eine Wirtschaftsbetriebe für den Ferienpausiallohn von zwei bis höchstens sechs Tagen zu zahlen und zwar 60 Proz. für verheiratete Männliche, 50 Proz. für Frauen und ledige Arbeitnehmer. Diese Summe sollte als Vorschlag anzunehmen sein und entsprechend dem Beschluß der Zentralarbeitsgemeinschaft von der Abgleichung dem Arbeitgeber zuzurechnen werden. Aber auch diese gewiß nicht unbefriedigende Forderung wurde von unseren Unternehmern glatt abgelehnt, was den Kollegen Hanssen zu der Erklärung Anlaß gab, daß es für die Arbeitnehmer keinen Zweck mehr habe, der Arbeitsgemeinschaft anzugehören, wenn deren Beschlüsse von den Unternehmern immer auf die Seite geschoben werden. Zurzeit unterliegt in unserem Verbandsvorstand die Frage der Beratung, ob unser Verband noch weiter der Arbeitsgemeinschaft nach all diesen Erfahrungen angehören kann. Auch der Graphische Bund wird sich damit zu befassen haben, wenn auch dessen Stellungnahme keinen Einfluß auf die Entscheidung unseres Verbandsvorstandes hat.

Beschlossen wurde weiter, daß der Zusatzvertrag für die Geschäftsbuchbranche baldmöglichst in Berlin behandelt werden soll. Zur Regelung der bis jetzt vorliegenden Einsprüche gegen die Ortsklasseneinteilung wurde eine aus je acht Vertretern der beiden Parteien bestehende Kommission eingesetzt, die am 12. Mai tagte, aber infolge weitgehender Differenzen zu einer Verständigung nicht kommen konnte. Beschlossen wurde, am 23. Mai in Eisenach weiter zu verhandeln, jedoch nur über solche Streitfälle, über die nach dem Wortlaut des Tarifs drücker eine Verständigung nicht erzielt worden ist d. h. der Regelung durch die zentrale Kommission eingeleiteter örtliche Versuche zur Verständigung voranzugehen.

### Der Deutsche Buchdruckerverein und unser Reichstarif.

Wie schon durch telegraphischen Bericht in der letzten Nummer unserer „Buchbinder-Zeitung“ bekanntgegeben werden konnte, hat es der Deutsche Buchdruckerverein abgelehnt, unseren Reichstarif anzuerkennen. Welche Ursachen diese Brückstörung der von ihm eingesetzten Kommission, die in seinem Auftrag an der Schaffung des Reichstarifs intensiv mitwirkte, hat, ist noch nicht bekannt geworden. In einem amtlichen Bericht in der „Zeitschrift des Deutschen Buchdrucker“, dem Unternehmerorgan, lesen wir darüber:

### Am letzten Tag.

(Fortsetzung.)

Erzählung von Ernst Freygang.

Der Müller stand vor der Tür und sah ihnen nach, bis sie kleiner und kleiner wurden auf der gelben Landstraße und schließlich ganz verschwanden. Dann rückte er an seiner mehrbehaarten Mähre, schüttelte den Kopf und ging mit schweren Schritten den Mühlenberg hinan.

Sie schwiegen beide, der Alte und der Junge. Wohl eine halbe Stunde lang. In immer kürzeren Zwischenräumen griff der Ältere zur Flasche.

„So wie heut war's noch nie mit dem Pfloß in der Brust! Ich denk, das Blut bleibt mir schon in allen Adern!“ Dann murmelte er leise vor sich hin.

Der Ältere sah ihn nur vor der Seite an. — Ein Mädchen kam ihnen entgegen, schlank und kräftig, mit einem vorwärtigen Gesicht und großen glänzenden Augen. In dem hellblonden Haar schimmerte die Sonne.

Der Alte sah wie gebannt auf die Näherkommende. „Schnell, in großen Bogens, dich sie aus.“ „Kathrine!“ schrie er plötzlich und griff nach der Hand seines Begleiters.

„Was ist?“

Der Alte hatte sich umgekehrt und sah der Davoneilenden nach: „War sie?“ Er ließ die Hand des anderen los: „Ich seh Geipenster heute, wo ich geh und heb. Dacht' doch wahrhaftig, ich seh die Kathrine! Aber 's ist ja nicht möglich. Muß doch auch schon bald ein altes Weiblein sein.“ „Wohl eine Liebste von einst, die Kathrine?“

„Ja. Just so schlank und schön. Nein, schöner, viel schöner noch! Und die ging mir nicht aus dem Wege. Das heißt: damals nicht, als ich noch daheim war. Log an meinem Hals und weinte: ‚Geh nicht fort, Julius, geh nicht! — Geh nicht! — Ich bin doch gegangen. Grad ihretwegen bin ich gegangen!‘“

„Und sahst sie nicht mehr?“

„Doch. Noch einmal.“ Er legte seine Hand schwer auf den Arm des Jüngeren. „Hast Du ein Mädel?“

Der wurde rot. „Ja. Ein liebes, gutes! Ach, Du müchtest sie sehen, Mädel! Und ob ich gleich zwanzig Jahre in der Fremde bliebe, sie wartet auf mich.“

„Hat sie das gesagt?“ Der Alte lächelte fein. „Wohl hundertmal und mehr!“

„Was's nicht.“

„Was?“ Der Jüngere schrie es fast und schrie sich im Schreck zu ihu.

„Alles nicht. Sie liest.“

„C, Du kennst sie nicht!“

„Doch. Ich kenne sie. Alle kenne ich. Es geht ihnen nicht um Dich, nicht um mich oder sonst einen. Es geht ihnen um die Haare. Zuerst ja, da glauben sie's wohl selber: den oder feinem. Und haben Dein Bild lebendig vor sich. — Hast schon mal eine alte Photographie gesehen? Tiefblau und deutlich war sie einst, dann ist sie blaß und blaß geworden und jetzt ist's nur ein gelbes Schatten von dem, das sie einst war. Wit den Herzensbildern ist's nicht besser. Schlechter noch. Viel schneller verblasen sie. Und eines Tages fragt sich die Dirn: Wie sah er aus? Und: was grad er der Schönste? Es scheint nicht

so. — Und wieder eines Tages: Warum grad er? Muß er grad Julius heißen? Und wenn er sich Will nennt? Man spricht's mit dem gleichen Lippen. Vielleicht hat dieser ein eigen Haus, eine eigene Werkstatt, — fragt das Mädel auch danach. Was's dort besser oder dort? Nun ja, man kann nicht ewig von der Liebe zehren.“

„Dor' auf!“ schrie der andere. Und schüttelte. „Jetzt ist mir nimmer wohl!“

„Laf, Dich's nicht anfechten, Söhnchen. Es liegt nicht gar so viel daran. Und — ich hab's über- all gesehn — es wimmelt in der Welt von Schürzen. Sie fliegen Dir zu, wenn Du willst.“

„Du sprichst wie ein Alter. Mann man die Liebe denn aus- und anziehen wie einen Rock? Ich könnt's nicht! Ich nicht!“

„'s wär gut, wenn man's könnte. 's wär aut, wenn wir ein wenig Alter in der Jugend hätten. Und umgekehrt — freilich.“ Er ergriß die Hand des Jüngeren und freischelte sie väterlich: „Gib Dich zufrieden, Söhnchen, und Sorge nicht. Zuweilen kommt ja kein anderer. Zuweilen halten sie's ja ein Weibchen aus, die Mädel. Lieb und gut ist sie, hast Du gesagt. Da darfst Du schon auf zwei Jahre rechnen. — Bei mir sind's drei geworden. Das war zu viel. Herumgeschritten bin ich im ganzen Vaterlande, einen Ort ausfindig zu machen, wo Platz und Auskommen sei für zwei Menschen, die sich rechtschaffen lieb haben. Ausgepöht hab' ich wie ein Geier, wo ich ging und fand. Die Arbeit hingeworfen, wenn sie sagten: ‚Nein, auf die Dauer läßt sich's nicht abgeben.‘ Was soll mir's darn? Kathrine wartet. Also weiter. Hier als ein Rotznagel und

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Reichsentscheidung über die Anerkennung des Reichstariers für das deutsche Buchbindergerwerbe bzw. für das in den Druckerei-Buchbindereien beschäftigte männliche und weibliche Personal. Hierzu erließ der Vorsitzende Herr Ober-Hannover das Wort. Hedner gab ein Bild über den Entwicklungsgang dieser Angelegenheit und berichtete eingehend über die Mitte April in Weimar stattgefundenen Verhandlungen. Er glaube die Annahme dieses Tariers den Buchdrucker- und Buchbindereien empfehlen zu dürfen, vorausgesetzt, daß die Gesamtheit von der 48stündigen Arbeitswoche zu Gunsten der 45stündigen Abstand nähme und auch im übrigen der Tarif mehr den Verhältnissen der Buchdrucker- und Buchbindereien angepaßt würde.

Diesem Ausführenden folgte eine ausgedehnte Aussprache. Das Ergebnis derselben war die Annahme eines Antrages, den vorliegenden Tarif in motivierter Form abzuzeichnen, gegebenenfalls aber in neue Verhandlungen einzutreten.

Die Tarifbeilage der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ bringt dann noch eine Abhandlung über den „Reichstarif für das Buchbindergerwerbe“, die wir als Ergänzung des vorstehenden kurzen Berichts werten können. Es heißt darin:

„Die außerordentliche Hauptversammlung am 8. und 9. Mai zu Leipzig hat leider doch in Weimar beschlossenen Reichstariers für das Buchbindergerwerbe und verwandte Berufszweige ihre Zustimmung nicht geben können. Von allen Rednern wurde in der Versammlung betont, daß bei Festsetzung der Löhne dieses Tariers auf die Art der Beschäftigung des in den sogenannten Druckerei- und Buchbindereien in Frage kommenden Personals und auf dessen bisherige Entlohnung im Verhältnis zu den Arbeitern und Arbeiterinnen in den Buchdruckerereien nicht die nötige Rücksicht genommen worden ist. Das Buchbinderpersonal in den Buchdruckerereien ist meist mit einfachen Arbeiten beschäftigt, die sich aus der Aufmachung oder Verfertigung der Druckfärbungen ergeben, also mit Falzen, Beschnitten, Abzählen, Heften, Verpacken usw. dieser Arbeiten. Dazu werden vielfach ungelernete Personen verwendet, die sich durch längere Betätigung in den einzelnen Geschäften die nötigen Fertigkeiten angeeignet haben. Eigentliche Buchbinderarbeiten, also Binden von Büchern usw., kommen nur ganz vereinzelt vor, und insofern sind gelernte Buchbindergehilfen in den Druckerei- und Buchbindereien kleineren Umfanges, welche die überwiegende Mehrzahl bilden, meist gar nicht vorhanden. In größeren Betrieben, wo es sich vielfach auch um Herstellung von Broschürenarbeiten, Fertigstellung von Preiszetteln, Zeitschriften usw. handelt, liegen die Verhältnisse zwar etwas anders, aber auch diese können mit den sogenannten Großbuchbindereien nicht ver-

glichen werden. Die in dem Reichstariers enthaltenen Lohnsätze sind aber in der Quantität den Verhältnissen in den Großbuchbindereien angepaßt und schon deshalb für die Druckerei- und Buchbindereien nicht annehmbar, weil sie in den meisten Fällen über die Lohnsätze des Buchdruckerpersonals, an das höhere Anforderungen gestellt werden, hinausgehen würden. Dazu kommt noch, daß nach dem Tarif für einen Teil der in Frage kommenden Arbeiten noch ein besonderer Zuschlag festgesetzt wurde, der dem sogenannten Spezialarbeitern zu bezahlen ist. Dieser Zuschlag mag für die Großbuchbindereien, wo es sich u. a. um das Besetzen und Fertigmachen von Büchern handelt, berechtigt sein, für die buchbinderische Behandlung der Druckarbeiten in den Druckerei- und Buchbindereien trifft dies aber keinesfalls zu.

Da überdies auch gegen die Festsetzung der Vorkaufzuschläge von zahlreichen Orten Einspruch erhoben worden ist, weil dabei auf die örtlichen Verhältnisse und auf die Regelung im Buchdruckergerwerbe nicht ausreichende Rücksicht genommen wurde, so daß sich vielfach verschiedene Vorkaufzuschläge für ein und denselben Ort und ein und denselben Betrieb ergeben, so wurde von allen Seiten als dringend notwendig erachtet, in nochmalige Kommissionsverhandlungen mit dem Verband der Buchbindergehilfen einzutreten und zu versuchen, eine bessere Anpassung der tariflichen Bestimmungen an die im deutschen Buchdruckergerwerbe bestehenden Verhältnisse zu erreichen. Dabei soll die Anerkennung des Reichstariers für das Buchbindergerwerbe abhängig gemacht werden. Der Vorstand des Deutschen Buchdrucker-Vereins wurde beauftragt, eine Kommission zu diesem Zwecke zu ernennen und dem Verband der Buchbindergehilfen einen entsprechenden Weisheits zu kommen zu lassen. Ueher die endgültige Annahme oder Ablehnung des Tariers soll alsdann der Vorstand entscheiden.

Ein Schreiben in dem vorbenannten Sinne ist inzwischen an den Buchbinder-Gehilfenverband abgegangen. Sollten die Buchbindergehilfen in den einzelnen Orten wegen Anerkennung des Tariers vorprechen, dann empfehlen wir den betreffenden Druckereien, ihnen von diesem Stande der Sache Mitteilung zu machen.

Das auch hier wieder angefundene Schreiben des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist bis zum Abschluß dieser Nummer nicht in die Hände unseres Verbandsvorstandes gekommen. Jedoch ist es nach den bisher inoffiziell bekanntgewordenen Gründen wahrscheinlich, daß sich sein Inhalt mit dem dieses Berichts decken wird.

Für die Buchdruckergehilfen sind inzwischen die Verhandlungen mit folgendem Ergebnis beendet worden:

Es sollen insgesamt gezahlt werden:

I	18 Mfl. in Osten bis 2 1/2 Proz.
II	24 " " " mit 5 und 7 1/2 Proz.
III	30 " " " " 10, 12 1/2 und 15 Proz.
IV	36 " " " " mehr als 15 Proz.
Berlin und Hamburg 40 Mfl. pro Woche.	

Diese Zulagen werden in zwei Raten gezahlt und zwar:

	ab 31. Mai	ab 5. Juli
I.	1. Rate 19 Mfl., 2. Rate 8 Mfl.	
II.	1. " 12 " 2. " 12 "	
III.	1. " 15 " 2. " 15 "	
IV.	1. " 20 " 2. " 16 "	
Berlin	1. " 25 " 2. " 15 "	
Hamburg	1. " 25 " 2. " 15 "	

Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. August für die Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten wurden folgende Feueranzahlungen festgesetzt:

1. In verheiratete männliche und ledige Hilfsarbeiter über 21 Jahre sind 85 Proz. (Berlin 90 Proz.).
2. an ledige Hilfsarbeiter von 17-21 Jahren sind 75 Proz. (Berlin 80 Proz.).
3. geübten Arbeiterinnen nach einjähriger Lehrzeit sind 55 Proz. (Berlin 70 Proz.).
4. den übrigen Hilfsarbeiterinnen über 17 Jahre sind 50 Proz. (Berlin 65 Proz.) der obigen Zulagen für Gehälter zu zahlen.

Nach für die Hilfsarbeiter gelten für die Matenabgaben die gleichen Bestimmungen, wie oben für die Gehilfen vorgegeben.

Was unserer in den Buchdruckerien beschäftigten Arbeiter jetzt zu tun obliegt, ist den Gewerkschaften und Gewerkschaften durch besonderes Anschreiben des Verbandsvorstandes mitgeteilt worden.

### Die „Soziale Praxis“ zum Existenzminimum.

Seit dem März d. J. sind wir in der angenehmen Lage, über das Existenzminimum einer Familie in gewissen Zeitabständen zuverlässige Angaben bringen zu können, die vom Direktor des statistischen Amtes Berlin-Schöneberg, Dr. Kurzbanst zusammengestellt werden. Wegen diese Zusammenstellungen erhebt die „Soziale Praxis“ in einem mit W. J. unterzeichneten Artikel den Vorwurf, daß die Zahlen nicht stimmen bzw. die einzelnen Posten nicht im richtigen Verhältnis zu einander stünden. So bemängelt der Kritiker, daß von den 256 Pro. 321 Mark Mindestlohnbedarf im Februar 146 und im März 189 Mfl., d. h. 57 Proz. bzw. 60 Proz. auf Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „Sonstiges“ entfallen, dagegen nur 43 Proz. bzw. 40 Proz. für Ernährung und Wohnung berechnet werden. Zur Begründung dieses angeblichen Mißverhältnisses führt W. J. an, daß nach langjährigen Beobachtungen der Friedenszeit feststeht, daß auf die Ernährung

der auf ein paar Wochen gedient. Es war immer wieder nichts Geschicktes. Einmal ging ich, ein andermal ließen sie mich gehen. Du kennst es ja. Es ist ein Spiel, — ein Spiel um's Leben. Wie endlich der Wurf fällt, kein Mensch weiß es vorher. Darüber waren mir an die zwei Jahre hingegangen. Geschrieben hat ich wohl dann und wann. Viel nicht, denn das Porto dauerte mich; Brot war mir nötiger. Was sollt ich auch schreiben? Es war ja doch immer dasselbe. Und am Schluß freiz: Wari noch, Kathrine, warte. Auch von ihr kriegt ich ab und zu ein paar Zeilen. Voll Hoffnung zuerst und Traue. Allmählich ward's matter. Sie verlor den Glauben. Und schließlich sprach keiner mehr, weil wir nicht lügen mochten.

Der Erzählende machte eine Pause und atmete jäher.

„Es war also vorbei?“ Der andere drängte. „Ja und nein. Es hätte noch alles gut werden können, wenn ich das Schicksal nicht versucht hätte. Vielleicht! Genau kann ich's nicht sagen. Denn ich weiß nicht, wie weit zu jener Zeit der Sinn des Mädels gebieten war. Ob sie noch an mir hing oder nicht. Oder ob sie sich schon anderweit gebunden hatte. — Unten an der bayerischen Grenze war's, da kriegt ich Arbeit. Eine kleine Stadt, tief unten im Tal gelegen, von Wald und Wasser und Bergen eingerahmt wie ein Zauberbild. Als ich hinabmarschierte, ward mir weh; das war' ein Flach, doch' ich, wo sich's leben ließ mit der Kathrine. Aber es wird ja wieder nichts sein. Es war schon finster in mir, Söhnchen, deshalb doch' ich so. Und war ganz erlaut, als mich ein Meister festhielt.

„Wie lange?“ frag' ich. Er sieht mich genau an: „Auf die Ewigkeit kann ich nicht schwören. Aber wenn wir zu einander passen, könnt' schon ein Leben draus werden.“ Gut, noch einmal versucht' ich's. Es glückte über die Wochen. Wir paßten zueinander. Einige Monate war ich dort, da kommt mir gar noch der Tod zu Hilfe. Der erste Gesell starb. Der Meister nahm mich in seine Stelle: „Da kann noch einer sterben. Wisst, so hast ausgefress' für dieses Dasein, was das Futter anbelangt. Mit mir dauert's wohl auch kein Jahrhundert mehr. Ein Sohn ist nicht da. Also, Julius —“ Siehst Du, Söhnchen, das war wie von Engeln im Himmel gesungen. „Ich bleib', Meister.“ Und geh' frads nach meiner Kammer, der Kathrine die Freundschaft zu schreiben. Hab schon die Feder in der Hand, da geht's mir wie ein Blitz durch den Kopf: Keinal Schreib' nicht! Schweig' noch eine Zeitlang, bis du sicher im Sattel sitzt! Versuch' noch ein Weichen ihre Treue, und dann geh' selber. — Ich schrieb' nicht. Scharich die ganze Zeit nicht, bis das dritte Jahr um war, seit ich von Hause fort. Dann bit' ich den Meister um Urlaub, meine Kathrine zu holen. „Sol' siel!“ Söhnchen, Söhnchen, war das eine Freude! Nagelneu von Kopf bis Fuß, seh' ich mich auf die Eisenbahn. Geld hatt' ich; gelebt wie ein Geizhals. Meine Tasche war schwer von Talern. Und sich' nun im Juge und rolle an manchem Ort, mancher Straße vorbei, wo ich einist hungernd gewandert. Wie ein Trauum war's mir. Und von Anfang bis Ende der Fahrt mal' ich mir immer wieder aus, wie die Kathrine schaun und was sie sagen wird. . . .

Der Alte senkte den Kopf und schweig' verloren. Dann mochte der andere: „Nun?“

„Es ist Marttag in der Seimatsstadt, als ich heimkomme. Und wie ich so über den Platz schreite, lustig und guter Dinge, seh' ich ein junges Fräulein, mit einem Storb am Arm, um ein Haus steh'n. Bis dahin hatt' ich innerlich gelungen. Auf einmal ward's still und eilig in mir und furchtbar lange. „Kathrine?“ frag' ich und denk', mich würgt einer. Sie dreht sich um, reißt die Augen auf und schreit: „Jeses, der Julius!“ „Ja,“ sag' ich, „der Julius.“ Sie nehm' ihre Hand und idan auf den Trauung. Sie zittert: „Bist ein Jahr fast zu spät gekommen.“ — In spät! Söhnchen, das ist ein schlimmes, ein erschreckliches Wort. Das ist wie eine Wand, die auf Dich fällt. Leicht bricht's Dich wieder. „Dast Du mir nicht versprochen?“ frag' ich und drüd' wohl ein wenig das Handgelenk in meiner Aufregung. Sie reißt sich trotzig los: „N ja, was verpricht' zu ein dummes Ding nicht alles!“ „Ach so,“ sag' ich.

Der Alte unterdrück' sich verwundert: „Söhnst ja wie ein sterbend' Tier, Söhnchen!“

„Ich hab' keine friedliche Stunde mehr!“ „So schwäge ich.“ „Nein, nein, red'!“ „Erst reiß' Dich zusammen, Söhnchen. Und halt's eifern in Dir fest! Um die, die sich ihres Beiten wegen nachher zum dummen Ding machen, lohnt sich das Leid nicht. Wollt', es hätt' mir einer gesagt damals.“ „Ich schreib' noch heute!“ (Fortsetzung folgt.)





beiterinnen, die früher zum Teil beim Verband der chemischen Arbeiter, größtenteils aber nirgends organisiert waren, wurden durch eine umfassende Agitation vollständig erfaßt. Fast sämtliche Betriebe in Wien und auswärts sind organisiert. Auch für die in den Buchdruckereien beschäftigten Buchbinder wurden fürs ganze Reich Teuerungszulagen vereinbart. Im Juni 1920 gehen die Tarifverträge der Papierkonfektionsarbeiter und der Buchdruckereibuchbinder zu Ende. Es wird Aufgabe der Organisation sein, bei diesen Sparten Reichstarife abzuschließen, was gemeinsam im Kartell mit den Organisationen der graphischen Arbeiter zu erledigen sein wird. Das Jahr 1920 wird ein arbeitsreiches sein. Neben diesen Reichstarifen harren noch andere große und wichtige Aufgaben. Die Organisation der Kartonnagenarbeiter, die gegenwärtig einen lokalen Verein haben, schließen sich in Ansehung der Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses dem Verein an.

Der Mitgliederstand betrug am 1. Januar 3697 und am 31. Dezember 5496, ist also um fast 50 Proz. gestiegen, wobei zu bemerken ist, daß infolge der Zerschlagung des alten Staates 286 Mitglieder verloren gingen. In Wien ist die Mitgliederzahl von 2992 auf 5095, darunter die weiblichen von 1735 auf 3224 gestiegen.

**Berichte.**

**Barmen-Glberfeld.** Der Streik der Buchbinder und Papierverarbeiter, der in der Hauptsache die Briefumschlagfabriken betraf, ist am 8. Mai in einer großen Versammlung der Streikenden für beendet erklärt worden, nachdem die Arbeitgeber bereit waren, in diesem Falle über die Forderungen der Arbeiterität in Verhandlungen einzutreten. Der Streik war hauptsächlich deswegen ausgebrochen, weil die Arbeitgeberorganisation östliche Verhandlungen abgelehnt hatte. Nachdem dieser Widerstand aufgegeben ist und der Weg zu einer Verständigung frei wurde, empfahlen die Vorstände und die Streikleitung die Wiederaufnahme der Arbeit für den 10. Mai. Die Versammlung schloß sich dem an und so wurde in derselben Einmütigkeit und Geschlossenheit die Arbeit wieder aufgenommen, wie sie verlassen wurde. Hoffentlich führen nun auch die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis, nachdem ein gut Teil der Arbeitgeber den Vorschlägen der Arbeiter bereits Rechnung getragen haben. Auch in der Kartonnagenbranche ist es ohne Streik zu einer Verständigung gekommen, die den Arbeitern einen östlichen Zuschlag auf die Tariflöhne von 15 Prozent für Arbeiter über 24 Jahre und 10 Proz. für die übrigen brachte. Ebenfalls ist eine Einigung in den Steindruckereien erfolgt, die eine Lohnerhöhung von 12 Mt. brachte.

**Brieg.** Der Reichstarif fand in Brieg den größten Widerstand. Verhandlungen mit den Arbeitgebern blieben erfolglos, so daß der Schlichtungsausschuß angerufen werden mußte. Der Umstand, daß die Firma Heinge keinem der vertragsschließenden Arbeitgeberverbände angehörte und die Firma Löwenthal sofort nach Abschluß des Reichstarifs ihren Austritt aus dem „Api“ vollzogen hatte, war für den Schlichtungsausschuß Veranlassung, zu entscheiden, daß die Arbeitgeber an den Reichstarif nicht gebunden seien und dieser ihnen auch im Wege des Schiedsgerichts nicht aufzuzwingen werden könne. Leider kam dieser Schiedsgericht einstimmig zustande unter Mitwirkung gerade solcher Arbeitervertreter, die sich früher über die Befugnis des Schlichtungsausschusses nicht genug aufregen konnten, bis auch sie zur Mitarbeit herangezogen wurden. Die Lohnsätze, die der Schlichtungsausschuß festsetzte, entsprehen im Durchschnitt der Klasse 5 des Reichstarifs, während der Reichstarif für Brieg die Lohnsätze der Klasse 4 vorsieht. Noch ehe der Schlichtungsausschuß zu seiner Entscheidung kam, hatte die Kollegenität auf fast einmütig gefaßten Beschluß, trotz der vom Bezirksleiter Bruds geltend gemachten formalen Bedenken, die Arbeit eingestellt. Ausschlaggebend für den Beschluß war die von den Arbeitgebern in der Sitzung mit den Betriebsräten abgegebene Erklärung, daß sie einen Schiedsgericht des Schlichtungsausschusses, der ihnen den Reichstarif aufzwingen wolle, nicht anerkennen würden. So war denn nach der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß nur noch darüber zu befinden, ob der Schiedsgericht von der Arbeiterität angenommen werden kann. Einmütig wurde aber von den Streikenden dem Schiedsgericht die Anerkennung verweigert und beschlossen, im Streik zu verharren. Bruds wandte sich nunmehr an den Demobilisationskommissar, den Regierungspräsidenten in Breslau. Diesem fehlten aber zur Aufnahme neuer Verhandlungen vor einem von diesen

zu berufenden Schiedsgericht die gesetzlichen Handhaben. Auch die Verweisung an einen anderen Schlichtungsausschuß kann nach der vorhandenen Rechtslage nur erfolgen, wenn infolge Stimmenungleichheit und Stimmhaltung des Vorstehenden ein Schiedsgericht beim zuständigen Schlichtungsausschuß nicht zustande gekommen ist. In dieser aber keinen Schiedsgericht einstimmig gefaßt hat, wurde derselbe auf Antrag der Arbeitgeber trotz unseres Einspruches für verbindlich erklärt. Mit dieser Tatsache mußte sich die Kollegenität leider abfinden, wollte sie den Arbeitgebern kein schlechtes Beispiel dafür bieten, wie man einen rechtskräftig gewordenen Schiedsgericht einfach beiseite schieben und mit Füßen treten kann. Unter zahlreichem Widerspruch wurde die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen. Die Arbeitgeber aber werden ihres Sieges nicht froh werden. Was sie erreicht haben, ist ein — noch dazu recht kurzer — Waffenstillstand. Der Schour, den die Kollegenität ablegte — ein Treuegelöbniß und ein Kampfgelübde zugleich — bürgt dafür, daß sie nicht eher ruhen werden, bis sie den Reichstarif in vollem Umfange erkämpft haben werden.

**Dresden.** Die Generalversammlung im Januar hatte beschlossen, ein Referat über das Thema „Arbeitsgemeinschaft oder Rätesystem“ halten zu lassen. Infolge der Lohnbewegungen mußte dieser Wunsch zunächst unberücksichtigt bleiben. Erst in der am 3. Mai abgehaltenen Versammlung konnte diese Frage behandelt werden. Das Referat hatte Gabel-Verlin übernommen. In dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag führte der Redner aus: Eine Kritik der Arbeitsgemeinschaft bedeute zugleich eine Kritik der gesamten Gewerkschaftsaktivität. Schon vor dem Kriege hatten sich die Gewerkschaften, bedingt durch die Entwicklung der Arbeiterorganisationsformen, immer mehr und mehr zu Unterstützungsorganisationen umgewandelt. Dadurch wurde ein gewaltiger bürokratischer Apparat geschaffen. Die Organisation wurde Selbstzweck und nicht mehr Mittel zum Zweck. Gegenüber der wirtschaftlichen Entwicklung war alle Gewerkschaftsarbeit zur Sisyphusarbeit verdammt. Die erzielten Lohnerhöhungen brachten keine wirkliche Besserung der Lage der Arbeiterität, da sie durch fortwährendes Anziehen aller Preise wieder illusorisch gemacht wurden. Redner belegte dies durch Zitate von Krauß, Legien, Winnig und anderen, darunter auch von unserem früheren Verbandsvorsitzenden Moth, der sich jetzt zum Generalsekretär der Deutschen Volkspartei gemauert habe. Es war ein Stillstand der gewerkschaftlichen Entwicklung eingetreten. Das Proletariat hatte das organisatorische Hebergewicht verloren. Bei Ausbruch der Revolution gab es nur eine Karole bis weit hinein in das Kleinbürgertum — dies war der Sozialismus. Durch den Vertrag mit dem Unternehmertum, die Arbeitsgemeinschaft, wurde das Proletariat um die Früchte der Revolution betrogen. Die Unruhe in der Arbeiterität, vor allem der Generalfreie 1918, veranlaßten die Unternehmer, sich mit den Gewerkschaften zu verständigen. Die Dividenden der Aktiengesellschaften bewiesen, daß die Unternehmer dabei kein schlechtes Geschäft gemacht haben. Marx lehrt uns, die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk dieser selbst sein. Durch die Arbeitsgemeinschaft wurden die Gewerkschaften in den Dienst des reaktionären Unternehmertums gestellt. Im Bunde mit seinen Feinden mußte das Proletariat ohnmächtig sein. Nur die Rätesorganisation könne uns aus diesem Zustand befreien. Für unseren Versuch in besonderer hat eine in Halle stattgefundene Konferenz der Opposition Richtlinien aufgestellt, die vom Vortragenden eingehend besprochen werden. Der graphische Industrieverband setze gemeinschaftliches Handeln von Hand und Kopfabarbeitern voraus. Der neugegründete Graphische Bund bedeute nahezu Sabotage dieses Gedankens. Das Rätesystem sei nicht nur eine Angriffsform, sondern zugleich der Hebel zur Durchführung der Sozialisierung; die Aufhebung des Wettbewerbes aller gegen alle. Veränderte Verhältnisse bedingten auch veränderte Formen der Organisation. Der Kampf der Opposition sei nicht Krawalle oder die Absicht, alte, bewährte Funktionen zu beseitigen und sich an deren Stelle zu setzen, sondern der Drang, die Entwicklung vorwärts zu treiben. Nach einer Darstellung des Aufbaues der Rätesorganisation schloß der Vortragende mit einem Appell, alle revolutionären Kräfte auf der Plattform des Rätesystems zu sammeln. Kollege Donath behauptete, daß diese lehrenden Ausführungen vor so vielen leeren Stühlen gehalten wurden und wünscht, daß diese Ideen in die Werkstätten und Kreise der Kollegenität getragen werden. Die Gewerkschaften müßten sich völlig umstellen. Der Opposition werde mit Unrecht vorgeworfen, daß sie Zersplitterung treibe, vielmehr eine größere Einheit heraufzustoßen sei das Ziel. Die politische Neutralität müßten wir verlassen und der Nähe des Sozialismus folgen. Er begründet folgende Resolution:

Die heutige allgemeine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Dresden erklärt den neugebildeten „Graphischen Bund“ als nicht zweckentsprechend. Fordert deshalb vom Zentralverband die Umstellung unserer Organisation auf folgender Grundlage:

1. Umbau der graphischen Gewerkschaften zu einer großen Papierindustrieorganisation.
2. Ablehnung der Arbeitergemeinschaft mit dem Unternehmertum.
3. Anerkennung des Rätesystems als Grundlage zur Sozialisierung.
4. Aufgabe der bisherigen politischen Neutralität.
5. Anerkennung des Massenstreiks als politisches und wirtschaftliches Kampfmittel.
6. Grundföhlige Forderung der Unterstützungsorganisationen.
7. Alleiniges Bestimmungsrecht der Mitglieder im Bezug und Betrieb.
8. Restlose Erfassung aller Industrieangehörigen.
9. Kampf gegen alle gegenrevolutionären Verbände.

Kollege Kunath erklärte hierzu: Was nützen alle schönen Forderungen, wenn es die Kollegenität an der nötigen Kleinarbeit fehlen läßt und nicht einmal imstande ist, allgemein durchzuführen, was uns von den Unternehmern zugestanden ist. Er ist mit einigen Punkten der Resolution nicht einverstanden. Nachdem noch einige Kollegen und eine Kollegin für Annahme der Resolution gesprochen hatten, macht Kollege Lange folgende Ausführungen. Gabel habe zu beweisen versucht, daß die Gewerkschaftsführer gefehlt haben. Ihm scheint es, daß das Referat auf falscher Grundlage aufgebaut sei. In seiner langjährigen Tätigkeit habe er nicht viel von Aktivität der Massen gemerkt, die Weiter waren es immer, die die Massen aufzurichten mußten. Leider war dem so. Wenn so mancher an den kritischen Stunden an jenen Stellen gestanden hätte, so hätte er wohl nicht anders haben handeln können. Er wende sich nicht gegen diese Propaganda an sich, aber er müsse es zurückweisen, wenn die große Menge, die sich früher um nichts gekümmert habe, derartige Formirer erhebe. Es erübrige sich, gegen den Vortrag Stellung zu nehmen; da er ja so gehalten wurde, daß jeder großen Nutzen daraus ziehen kann. Er empfiehlt allen, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen. Jedenfalls haben die Arbeiterführer immer das Beste gewollt. Es sei der größte Fehler, daß man schon früher den Führern nicht gefolgt ist. Leider seien alle Versammlungen, wo es gilt, Wissen zu verbreiten, schlecht besucht, dagegen alle Versammlungen, wo materielle Fragen behandelt werden, überfüllt. Daran kranken die Gewerkschaftsorganisationen. Es ist nötig, mehr noch wie bisher auf unsere Mitarbeiter einzuwirken, damit sie begreifen, um was es sich handelt und nicht nur nachreden. Das gilt vor allem für die, welche die Betriebsräte bilden sollen. Im Schlußwort führte Gabel aus: Durch die Inhaftierungspolitik wurden die Massen ausgeschaltet. Die Gewerkschaftsbürokratie gab sich keine Mühe, den Nachwuchs zu erziehen; die Führer dachten für die Massen, verfielen aber die Führer, so verfielen auch die Massen. Das Rätesystem solle dem entgegenwirken, das Schwergewicht müsse in die Betriebe verlegt werden. Jede große Bewegung sei nur von einigen wenigen ausgegangen. Die geistigen Kräfte schlummern im Proletariat und müssen nur geweckt werden. Wenn die Massen sich früher von den Führern drängen ließen, so erlebe man jetzt das Gegenteil. Die Massen verlangen einen anderen als den vorgezeichneten Weg der Entwicklung. Unsere Organisation ist eine Waffe, unter Umständen muß diese Waffe auch geopfert werden können. Die Gewerkschaftsführer seien so überlastet, daß sie gar keine Zeit hätten, mit den neuen Verhältnissen mitzugehen. Die vorgelegte Resolution wurde gegen eine Stimme, bei einigen Stimmhaltungen, angenommen.

**Dresden.** Am 11. Mai tagte unsere Quartals-Generalversammlung. Gabel gab über allgemein Geschäftliches Bericht, anschließend wohl über Masse und Arbeitsnachweis. Redner befandem, auf ein arbeitsreiches Quartal zurückblickend, das starke Anwachsen der Zahlstelle; das sechste Tausend ist überschritten. Zur regen Mitarbeit aufordernd, verweisen diese noch auf den gedruckt vorliegenden Bericht. Im Rahmen dieses letzte eine Diskussion ein, wobei die Erhöhung des Lokalbeitrages anerkannt wurde. Die Aufgabe der politischen Neutralität der Gewerkschaften anlässlich des letzten reaktionären Putches wurde warm begrüßt und auch für die Zukunft befristet. Dann referierte Gabel über unsere Lohnbewegungen. Er gibt zu, daß bei diesen leider keine volle Zufriedenheit ausgelöst werden konnte, daß aber besonders durch die Reichstarife, eine günstigere Basis geschaffen worden ist. Er appelliert an die Wachsamkeit der Mitglieder, die errungenen Minimalsätze in allen Werkstätten durchzudrücken. Hierauf lebhafteste Ausprache. Alle Ausführungen drehen sich um den Punkt, daß man Dresden in die 3. Artklasse der Reichstarife werfen will. Mit Entrüstung verlangt man in ausgiebiger

Begründung die 2. Ortsklasse. Diesbezüglich schlägt Wenger folgende Resolution vor, die durch Debatte-vedner verabschiedet und einstimmig angenommen wurde:

Die am 11. Mai abgehaltene Generalversammlung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter, Jahreshilfen Dresden, hat zum Geschäftsbereich in punkto Lohnbewegungen zu erklären: Es wird nicht verkannt, daß von Seiten der Verbände eine viel Arbeit geleistet worden ist. Es muß jedoch festgestellt werden, daß trotzdem die Löhne gestiegen sind, die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft sich bedeutend verschlechtert hat, indem die jetzigen Löhne mit dem notwendigen Existenzminimum überhaupt nicht im Einklang stehen. Dagegen muß die Verarmung Protest einlegen, daß der schon längst versprochene Reichstarif noch nicht in allen Branchen zur Einführung gelangt ist.

Die Verbände (Zentrale) wird beauftragt, die Forderungen der Kollegenchaft mit aller Schärfe zu vertreten. Letztere ist gewillt, falls nicht bald die Löhne auf eine Höhe gehiebt werden, womit ein einigermaßen menschenwürdiges Dasein garantiert wird, vor keinem Opfer zurückzuführen, als noch lange Zeit so dahinzuvegetieren, dem sicheren Ruin entgegen. Die gesamte Mitgliedschaft steht einmütig beisammen und ist gewillt, eine jede Branche im Kampfe zu unterstützen. Die Präsident Mitgliedschaft fordert sofort die Einreichung in die II. Ortsklasse, da jede Begründung für die III. Ortsklasse selbsttätig. Zu den Verhandlungen hierüber wird beantragt, Kollegen aus der Verbände hinzuweisen und die Einführung des Reichstarifs für die Buchbinderbranche ab 16. April festzusetzen.

Weiter wird die Debatte nach Fragen auf über verlauselte Paragraphen und falsche Auslegbarkeit vom Unternehmerstandpunkt. Die Verantwortung wird bis zum Vorliegen der Reichstafel vorgezogen. Unter „Verschiedenes“ kamen noch örtliche Bekanntgaben und zum Schluß die Aufforderung an die Leser in geringem Maße Erscheinenden, für besseren Verarmungsbesuch reger einzutreten.

**Lohnverträge.** In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung nahm die Kollegenchaft Stellung zu dem Lohnabkommen des Kartonnagenreichstarifes und zu dem Ergebnis der örtlichen Verhandlung mit den Unternehmern zwecks Festsetzung der Affordlöhne. Der Vorsitzende erläuterte das Lohnabkommen. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß besonders für die jugendliche Kollegenchaft ein tüchtiger Sprung gemacht worden ist, so ist doch für unsere Kollegen über 20 Jahre eine große Härte darin, denn der Reichstarif sieht bedeutend niedrigere Löhne als der örtliche Tarif vor. Verlangen doch einzelne Unternehmer sogar den vom 1. April zuviel gezahlten Lohn zurück. In der Debatte wurden lebhaft die viel zu niedrigen Löhne besonders der Hilfsarbeiter kritisiert, denn alle anderen Branchen am Orte werden bedeutend höher entlohnt. Es wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die außerordentliche Mitgliederversammlung beauftragt die nunmehr festgesetzten Löhne für die Kartonnagenarbeiterschaft für gänzlich unzureichend. Die Versammlung fordert den Zentralverband auf, so schnell als möglich eine enorme Erhöhung der Lohnhöhe herbeizuführen und dafür zu sorgen, daß Lohnverträge in die 2. Ortsklasse eingereiht wird. Außerdem verzichtet die Versammlung das viel zu langsame Fortschreiten der Verhandlungen, wodurch die Mitglieder nur den Schaden tragen.

Sodann berichtete der Vorsitzende von der Verhandlung mit den örtlichen Unternehmern. Diefelbe ist gescheitert, nachdem sich die Unternehmer weigerten, den tariflich festgesetzten Stundenlohn für die Presser zu zahlen und denselben den notwendigen prozentualen Aufschlag zu den Grundlöhnen (Affordpreisen) zu bewilligen. Wohl aber erklärten sich die Unternehmer bereit, der in Stundenlohn stehenden Kollegenchaft die neuen Reichstafellöhne nach im Laufe der Woche rückwirkend ab 1. April nachzuzahlen, was nebenbei gesagt, bei einzelnen Unternehmern heute noch nicht der Fall ist. In der Debatte wurde das Verhalten der Kommission gebilligt. Die Presser verlangen ebenfalls den Reichstafellohn. Es wurde deshalb beschlossen, erneut den Unternehmern zu unterbreiten, 3,95 Mk. bzw. ab 14. Mai 4,20 Mk. Stundenlohn und 700 bzw. 750 Proz. Zuschlag zu den Affordlöhnen zu zahlen; im übrigen aber den Manteltarif abzuwarten.

Unter „Verschiedenes“ wurde noch folgende Resolution angenommen:

Die außerordentliche Mitgliederversammlung fordert den Zentralverband auf, seinen Einfluß bei den maßgebenden Körperschaften dahingehend geltend zu machen, daß mit Zuzugriff auf so schnell als möglich Frieden geschlossen wird, und die wirtschaftlichen Beziehungen im Interesse unserer Wirtschaftslieben sofort wieder hergestellt werden.

**Ann. d. Red.:** Es kann natürlich keine Rede davon sein, daß Lohnrückzahlungen irgendwelcher Art erfolgen. Diejenigen Verträge, die früher über den Minimallohn gezahlt wurden, sollen auch nach der reichstafellichen Regelung weiterhin über Minimallohn gezahlt werden. Weiter bedauern wir den Schlußsatz in der ersten Resolution, da in ihm nicht mit dem Ausdruck gebracht ist, worin sich das „viel zu langsame Arbeiten der Verbände“ äußert.

**Bezirk Württemberg.** Am 6. Mai fanden sich in Göppingen Vertreter der Ein- und Kartonnagenbranchen aus dem Bezirk Trossingen, Stuttgart, Göppingen, Koch und Bad Boll zusammen. Zweck war, mit dem Württembergischen Kartonnagenfabrikantenverband über verschiedene Einwände zu verhandeln. Von unserem Verband wurde Huber-Winter, Trossingen, als Verhandlungsleiter bestimmt. Vorgelesen war Verhandlung am Donnerstag nachmittag und — wenn noch keine Einigung erzielt — Fortsetzung am Freitag vormittag. Der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes, Herr Koch, konnte erst Freitag nachmittag anwesend sein. Der Vertreter, Herr Lehmann (in Firma Geiger, Stuttgart), wollte erst die Verhandlungen bis zum Eintreffen des Herrn Koch verschieben. Inzwischen wurde Einspruch erhoben. Endlich bequimte man sich zu einer Besprechung. Huber-Winter legte dar, daß alle vertretenen Orte vor allem gegen die Ortsklasseneinteilung Einspruch erhoben. Es wurde angeführt, daß bezirkweise leichter eine Einigung erzielt würde als durch zentrale Verhandlungen. Ferner wurde verlangt, daß in allen Orten, wo höhere tarifliche Löhne in einzelnen Lohnfragen vorhanden, diese zu begablen sind. Ebenso, daß alle diejenigen, welche am 31. März schon mehr als Reichstafellohn hatten, diese 10 Proz. resp. 15 Proz. Lohnaufschlag erhalten. Ebenso wurde gewünscht, daß die Kartonnagenarbeiterschaft die Feiertage bezahlt erhalten soll, wie die Buchbinder. Am Freitag abend wurde dann in Gegenwart des Herrn Koch weiterverhandelt. Die Herren weigerten sich, bezüglich der Ortsklasseneinteilung mit uns zu verhandeln. Inzwischen wurde beschlossen, nunmehr zentral Einspruch zu erheben. Bezüglich der Lohnrückstände stimmte man zu. Wegen Bezahlung der höheren Tariflöhne drückte es sich ganz besonders um den Trossinger Bezirk und Göppingen mit circa 1500 Verursachungsmitgliedern. Hier trat so deutlich zutage, daß die in Betracht kommenden Fabrikanten nur nachträglichen Tarifgemeinschaften eingehen wollen. Wenn aber günstige Zeiten für sie kommen, diese restlos auszunutzen. Man wollte wohl die höheren Löhne für die zurzeit Beschäftigten lassen, aber nicht der Form, wie von uns verlangt, zustimmen. Ebenso wollen einzelne Firmen, welche nur Harmonistartif interessiert sind, nicht viel vom Reichstarif wissen. Dies aber nur so lange, als dieser günstiger wie der Tarif der Harmonistartif ist. Auf eine solche Interessentartifpolitik lehnten wir ab einzugehen. Für uns kann nur der Reichstarif mit den Übergangsbestimmungen betreffs Löhne in Betracht kommen. Für alle, die in der Kartonnagenindustrie arbeiten, muß der Reichstarif gelten. Würden für Eigenbetriebe Sonderarife abgeschlossen werden, so wäre der Reichstarifgedanke umgestoßen. Hier erklärten wir, diese Prinzipienfrage mit aller Konsequenz zu verfolgen. Die Herren erklärten dann, diese Woche Stellung zu nehmen und in evtl. Verhandlungen einzutreten. Betreffs Bezahlung der Feiertage wurde anerkannt, daß die Kartonnagenarbeiterschaft auch Anspruch auf die Feiertagsbezahlung wie die Buchbinder erheben kann und wurde ein diesbezüglicher Antrag gerichtet. In Stuttgart wurden seither circa zwei Drittel des Tagelohns als Entschädigung der Feiertage gewährt. Wir verlangen, daß der heutige Lohn bezahlt würde. Die Jubilantanten konnten diese Forderung nicht anerkennen. Man beschloß, die Sache durch das Tarifamt entscheiden zu lassen.

In verschiedenen Besprechungen in unserem Kreis wurde beobachtet, daß keine Vertreter der Bezüge außer den Tarifauschussmitgliedern bei Schaffung des Tarifs anwesend waren. Ferner machte man sich über die Bemerkung des Herrn Koch, daß die Verhandlungen in Einmütigkeit harmonisch verlaufen, und über sein Lob für unsere Vertreter seine eigenen Gedanken. Jedenfalls gibt's zwischen Kapital und Arbeit keine Harmonie. Auch war man der Ansicht, daß das Wort unseres Bebel immer noch gilt, daß wer von der Kapitalistenreihe angegriffen wird, auf dem rechten Weg ist. Jedenfalls wird die Kartonnagenarbeiterschaft in Württemberg sich enger zusammenzuschließen, um ihre Interessen wirksam zu vertreten.

**Rundschau.**

**Lehrlingszucht und Arbeitslosigkeit.** Nach einer vom Zentralverband der Bäder und Konditoren veranfaßten statistischen Erhebung gibt es in 28 000 Bädern 19 000 Gehilfen und 21 000 Lehrlinge. Bei solchem Mißverhältnis ist es nicht verwunderlich, wenn nach Feststellungen des Reichsarbeitsblattes im September 1919 12 000 Bäder und Konditoren arbeitslos waren, denn auch die Konditoren weisen dieselbe Lehrlingszucht auf. In Württemberg kamen auf 100 Konditorgehilfen sogar 306 Lehrlinge. Diese Zahlen zeigen uns, wie wichtig

Tarifabmachungen bezüglich des Lehrlingswesens zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit sind.

**Die Arbeit als Gift.** Nach den Mitteilungen des Landesgewerbezuges Dr. Koelch stehen die gewerblichen Vergiftungen in Abhängigkeit von der Arbeitszeit, einmal weil mit der Dauer derselben die Einwirkung des Giftes um so länger fort dauert, und auch, weil bei fortwährender Arbeitszeit und der damit verbundenen Anspannung die nötige Vorsicht außer acht gelassen wird. Dann aber wirkt die schwere, ununterbrochene Arbeit noch in anderer Weise wie ein Gift auf den Körper ein, auch wenn er keine Gifte atmet, wie der Landarbeiter und andere. Es ist nämlich, wie Koelch berichtet, ärztlich festgestellt worden, daß übermüdete Personen und ganze Arbeiterkategorien mit schwerer Arbeit von aufstrebenden Krankheiten häufiger und schwerer befallen werden. So werden selbst die allgemeinen Krankheiten für die Arbeiterschaft oft noch zur Berufskrankheit und das um so mehr, je trauriger es mit den Arbeitsbedingungen bestellt ist.

Das Jubiläum eines bedeutenden wissenschaftlich-ingenieur Experimentes feiern in diesem Monat die typischen Werkstätten von Carl Zeiss in Jena. Es sind jetzt 20 Jahre her, seit der Meister, Gelehrte und große Menschenfreund Prof. Abbe, der das Millionenwerte repräsentierende Werk in eine gemeinnützige Stiftung umwandelte, in seinem Werke den Achtstundentag versuchsweise einführt. Aus den damals 1200 Arbeitern wurden, wie die „Soziale Praxis“ erinnert, 233 Arbeiter angehebt, die mindestens vier Jahre im Betriebe tätig, über 22 Jahre alt waren und im letzten Jahre des neunhundertsten sowie im ersten Jahre des achtzehntens Tages die gleiche Alltagsarbeit bei unveränderten Affordlöhnen geleistet hatten. Nach der Lohnstatistik betrug der durchschnittliche Stundenverdienst dieser Arbeiter bei neunhündiger Arbeitszeit 62 Pf., während der achthündigen Arbeitszeit stieg er auf 72 Pf. Um den Ausfall der einen Arbeitsstunde wettzumachen, hätte eine Steigerung von 8 Pf. genügt, die Arbeiter erzielten aber 10 Pf., also 2 Pf. mehr pro Stunde. Damit war der Beweis erbracht, daß in achthündiger Arbeitszeit eine höhere Tagesleistung erreicht wurde als in neunhündiger. Bei achthündiger Arbeitszeit erzielte ein Arbeiter in einem Jahre die Leistung von zehn Arbeitstagen mehr als bei neunhündiger Arbeitszeit. Interessant ist auch, daß das Ergebnis das gleiche ist, ob es sich um ältere oder jüngere Arbeiter handelt, gelernte oder ungelernete. — Die Ersparnisse an Heizung und Licht, die von den Unternehmern bei allgemeiner Einführung des Achthundentages in Deutschland gemacht werden könnten, schätzte Abbe damals schon auf 30 bis 40 Millionen Mark. Es ist gerade heute angebracht, anlässlich des Jubiläums jenes Experimentes an sein Resultat zu erinnern.

**Schiedsgerichtliche Forderung langfristiger Lieferungsverträge.** In der Öffentlichkeit verbreiteten Meinungen zufolge soll der Erfolg von Bestimmungen des Reichstages, die eine schiedsgerichtliche Forderung langfristiger Lieferungsverträge vorsehen, Gestalt werden diese Angaben namentlich mit einem Hinweis auf einen derartigen, vom Reichswirtschaftsrat im Februar gefaßten Beschluß. Dieses Gerücht hat eine lebhafteste Beurteilung des gesamten Wirtschaftsliebens zur Folge gehabt. Abscheide Firmen und Werke weigern sich, wie bekannt geworden, früher abgeschlossene Lieferungsverträge zu den vereinbarten Bedingungen zu erfüllen, in der Erwartung, daß ihr Verhalten demnach eine gesetzliche Bestätigung erfahren wird.

Hierzu wird erklärt, daß allerdings aus Kreisen der Industrie und des Handels dringende Wünsche vorgebracht wurden, die eine derartige Regelung anzustreben. Auch der Wirtschaftsminister hat sich hinsichtlich bestimmter Industriezweige für eine derartige Regelung ausgesprochen. Inbes ist die Frage der schiedsgerichtlichen Forderung langfristiger Lieferungsverträge zurzeit noch Gegenstand der Beratungen mit den zuständigen Ressorts. Hierbei ist von maßgebenden Stellen der Standpunkt vertreten worden, daß eine solche Maßnahme dem Grundsatze der Wahrung der Vertrags-treue zuwiderläuft. Namentlich im Hinblick auf eine zu erwartende ungeheure Verunsicherung des gesamten Wirtschaftsliebens müsse sie unterbleiben. Unter diesen Umständen steht bisher noch keineswegs fest, ob überhaupt eine gesetzliche Regelung erfolgen kann und, wenn sie erfolgt, in welchem Umfang und für welche Zweige des Wirtschaftsliebens dies der Fall sein wird. —

Es will uns scheinen, als wenn diese offizielle Auslassung den tatsächlichen Verhältnissen in keiner Weise Rechnung tragen würde. Daß z. B. Lieferungsverträge aus der Vorkriegszeit heute unmöglich noch Rechtskraft haben können, müßte jedem einleuchten, der die heutige Preisgestaltung nicht ganz unberücksichtigt läßt.



Steigende Lohnkata. Ein Preisausgleich über „Die Methoden der Anpassung der Lohnhöhe an die Preisbewegung“ veranlaßt die Universität Hamburg. Die Preise von 1500, 1000 und 500 Mfr. sind ihr von der Zeitschrift des Hamburgischen Wirtschaftsarchivs aus einer Stellung zur Verfügung gestellt worden. Es sollen vor allem die Bereiche kritisch dargestellt werden, die im Anstand unternommen worden sind, um Löhne und Gehälter durch automatische mit dem Steigen des Preisniveaus einwirkende Zuschläge zu regulieren, sowie die Wirkungen solcher Maßnahmen auf Volks- und Privatwirtschaft.

Bedeutend ist, daß die Reichsregierung dieser Frage nicht mehr Bedeutung identisch dem zweifellos ist für die Arbeiterklasse eins der wichtigsten Probleme der Gegenwart.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung wird, wenn nicht alle Zeichen trügen, in absehbarer Zeit eine Stärkung durch Zusammenschluß bislang noch selbstständig marschierender Organisationen erfahren. Im Jahre 1902 trennten sich auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach die Konsumvereine der sogenannten Hamburger Richtung mit ihrer Großkaufgesellschaft vom Allgemeinen Verband der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften, dessen Mitglieder sie bis dahin waren. Es kam zur Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, der in der deutschen Großkaufgesellschaft seinen starken wirtschaftlichen Stützpunkt entwickelte. Im Allgemeinen Verbande verblieben über 250 meist kleinere Konsumvereine. Jetzt zwingt die Entwicklung der Wirtschaftsverhältnisse auch die Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes, Anlehnung an die Großkaufgesellschaft und damit auch an den Zentralverband deutscher Konsumvereine zu suchen. Kreuznach ist überwinden; sich der wirtschaftlichen Stärke des Zentralverbandes und seiner Einrichtungen zu bedienen, ist nützlich und notwendig. Kürzlich fand in Hamburg zwischen Vertretern des Allgemeinen Verbandes und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine eine Aussprache statt, um zu beraten, wie eine Vereinfachung der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung herbeizuführen sei. Es bestand bei allen Beteiligten die Ueberzeugung von dem Vorhandensein aller Voraussetzungen zur gemeinschaftlichen Arbeit in der Verbraucherbewegung. Die große zentrale Organisation, mit leistungsfähigen wirtschaftlichen Einrichtungen, kann eben schließlich nicht mehr entbehrt werden, wenn die Konsumgenossenschaftsbewegung in allen ihren Bestandteilen ihre Arbeit bis zur höchsten Leistungsfähigkeit steigern soll. Neben die organisatorischen Bedingungen zum Hebertritt der Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes zum Zentralverbande wurden Vereinbarungen getroffen, die, wenn sie die Zustimmung der zunächst Beteiligten finden, die Verschmelzung herbeizuführen geeignet sind. Die Wege zur Zusammenarbeit sollen in möglicher Freiheit und Ungezwungenheit gegangen werden; nicht der Zwang, sondern allein das Ziel der Verbraucherbewegung soll die Schritte bestimmen, die zur einheitlichen Organisation führen.

Es darf erwartet werden, daß den Verantworungen in Hamburg die Tat der Verschmelzung folgt. Damit würde die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung einen kräftigen Zuwachs erhalten, herbeigeführt durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Einsicht der organisierten Verbraucher.

Der größte deutsche Konsumverein ist die Hamburger „Produktion“. Es sind schon sehr bemerkbare Zahlen, mit denen dieser Konsumverein Rosenwäldchen und Möglichkeit konsumgenossenschaftlicher Verbrauchsbedarfswirtschaft beweist. 112 000 Mitglieder erzielten 1910 einen Umsatz von beinahe 103 000 Millionen Mark. Im Jahre vorher hatten 103 000 Mitglieder einen Umsatz von ungefähr 47 1/2 Millionen Mark. Die Bäckerei stellte für 8 1/2 Millionen Mark, die Schlächtereier für 20 1/2 Millionen Mark Güter her. Mühle, Mähdreschmaschine, Nähmittelwerk und alle anderen Eigenproduktbetriebe schlossen sich mit gleichfalls dauernd steigenden Umsatzzahlen organisch an. Es wurden 2434 Personen, gegen 2183 im Jahre 1918, beschäftigt. Die Lohnsumme stieg von 5,1 Millionen Mark auf 9,27 Millionen Mark. Für soziale Zwecke wurden mehr als eine Million Mark verausgabt. Die innere Kräftigung des genossenschaftlichen Unternehmens hielt gleichen Schritt mit dem Zustrome neuer Mitglieder und der Steigerung des Umsatzes. Vielleicht ist die Hamburger „Produktion“ der größte gelungene Sozialisierungsversuch.

In den industriellen Kulturländern der Welt sind heute etwa 40 000 Konsumvereine mit rund 25 Millionen Mitgliederfamilien, d. h. über 100 Millionen Menschen mit der genossenschaftlichen Warenversorgung befaßt.

Arbeit und Geburt. Nach neueren Feststellungen von Grenier verlängert die Anstöße die Schwangerschaft um durchschnittlich 20 Tage, d. h. daß gesunde Frauen eine mittlere Schwangerschaftsdauer von 286, nicht gestaute von 265 Tagen aufweisen. Es ist selbst dem Laien verständlich, daß ein langsam ausgereiftes Kind lebensfähiger ist als ein künstlich vorgelegt geborenes. Auch im Gewichte des Kindes macht sich die unnatürliche Arbeit bemerkbar. Schonung der Mutter bedeutet für das Kind einen mittleren Gewinn von 153 Grammen. Wie kann es bloß möglich sein, daß nicht nur Männer, sondern sogar Frauen an solchen Feststellungen achtlos vorbeigehen, statt mit ihrer ganzen Persönlichkeit gegen den größten Feind alles kollektiven Gutes aufzutreten und den Kapitalismus zu bekämpfen.

Verat und Tuberkulose. Bei der gewaltigen Verbreitung der Tuberkulose im Proletariat ist ein Kundschreiben von Interesse, das der Münch. med. Wochenschrift zufolge das Reichversicherungsamt herausgegeben hat. Bekanntlich war die bisherige Art, den Kranken nach der Zeit der Erholung direkt der Arbeit von früher wieder zuzuführen, von großem Schaden für die Gesundheit des Arbeiters. Darum soll in Zukunft in den Lungenerkrankungen nach gezielte Verbesserung der Kranken auf eine unter händiger ärztlicher Überwachung stehende, vorsichtig beginnende und allmählich gesteigerte Arbeitsbehandlung Bedacht genommen werden, durch die die Gefahr einer unvernünftigen Aufnahme der vollen Berufstätigkeit bezeugt und der Kranke gegebenenfalls angeleitet wird, sich einem gesundheitsfördernden Beruf zuwenden. In Verbindung mit den örtlich zuständigen Arbeitsnachweisstellen soll den Kranken der Hebertritt in solche Berufe erleichtert werden.

Die Nacharbeit. Eine Arbeit von H. Goldstein im 5. Heft der „Wiener Arbeiten auf dem Gebiete der sozialen Medizin“ bezieht die Reultate der Untersuchungen der Wirkung der Nacharbeit auf den Gesundheitszustand des Menschen. Danach ist die längere Zeit fortgesetzte Nacharbeit die Quelle empfindlicher gesundheitlicher Beeinträchtigung und vorzeitiger Ermüdung. Selbst unter äußerlich günstigen Bedingungen ist die Nacharbeit schädlich. Darum muß die Nacharbeit unterbleiben und wenn sie unbedingt erforderlich ist, so hat die soziale Medizin die Arbeitsbedingungen festzusetzen, damit der Arbeiter nicht durch rein kapitalistische Arbeitsbedingungen zugrunde gerichtet wird.

Raum für alle hat die Erde. Wenn es oft in der Wirklichkeit nicht so ist, so liegt das an der Unnatürlichkeit der sozialen Verhältnisse. So sollten ja auch die Kriege stets erforderlich sein, weil sie die Menschheit von dem Joch an Menschen befreien sollten, das sich immer ansammelte. Die Erde könne nur eine bestimmte Anzahl Menschen ernähren. Wie oberflächlich diese Behauptungen sind, zeigen die wissenschaftlichen Ergebnisse eines schwedischen Forschers, Nilsson-Ehle. Dieser hat die schwedische Kornproduktion durch geeignete Kreuzung weicherer und ertragreicherer Sorten um 25 Proz. gesteigert. Dabei glaubt Nilsson, daß es möglich sei, noch eine Verbesserung des Ertrages um 60 Proz. zu erzielen. Welche Bedeutung derartige Züchtungen für die Volkswirtschaft haben, ist daraus zu erkennen, daß für Schweden eine fünfprozentige Ertragssteigerung des Hafers einen jährlichen Wertzuwachs von 7 000 000 Kronen ergibt. Und ebenso wie die Wissenschaft beweist, daß solche Menschenüberführungskriege nicht nötig sind, so wird die Zukunft zeigen, daß auch Arbeitslosigkeit und Krisen und deren Folgen nicht nötig sind. Had wenn es diese Weisen auch mit derselben Stetigkeit behaupten, wie sie scherzhaft an den ungenügenden Lebensmittelbestand der Welt glaubten. Entwicklung ist eben nötig, Ausbau, soziale Neugestaltung, wie wir sie erstreben.

Adressenänderungen.

- Adressen der Bevollmächtigten und der Kassierer. B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. Bahreuth. B: M. Proffad, Erlanger Str. 18 I. K: A. Tröpler, Rangierstr. 6. Bernau. B: C. Wiggert, Weinbergstr. 44. K: C. Böfeler, Hofstraße (Altes Krankenhaus). Bochum. B: G. Strauch, Arnoldstr. 12, parterre. K: A. Scharber, Kloster. 132. Dehan. B: Fr. Reifegerste, Amalienstr. 66a I. K: G. Holm, Geyersstr. 13 I. Hül. Verbandsbureau, Volkshaus, Severtinstraße 199 III. Kubohrad. B: u. K: Wechlung, Saalgrärten 1. Ossabrück. B: J. Pool, Johannisstr. 86. K: G. Heuer, Johannisstr. 126 I. Hanfried. B: J. Köbiger, Windgasse 1. K: J. Schabader, Schloßstr. 4.

Abrechnungen

vom 1. Quartal sind weiter bis zum 18. Mai bei der Verbandskasse eingegangen von Bernau 519,15 Mfr., Frankfurt a. O. 1507,48 Mfr., Salzbach 560,56 Mfr., Kassel 2000,— Mfr., Eiert 200,— Mfr., Dortmund 1800,— Mfr., Tieren 2150,— Mfr., M. Gladbach,— Mfr., Marf, Solingen-Wald,— Mfr., Raing 1000,— Mfr., Raunheim 2000,— Mfr., Aue i. Erzgeb. 600,— Mfr., Glanbach 239,16 Mfr., Plauen i. R. 2500,— Mfr., Raibach 500,— Mfr. Fr. Lender.

Abrechnung

vom Streik der Buchbinder-Gilfsarbeiter in Röhmiq.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Einnahmen: Von den laufenden Beiträgen v.r. wendet 504,70 Mfr. Ausgaben: An 11 Arb. Kassen 532,35 Mfr., für die Streikleitung 14,50, für Porto und Schreibmaterial 2,50, 2 Werkstättenbesprechungen 6,00, 2 Verhandlungen 9,00. Total 504,70 Mfr.

März, den 25. März 1920.

Curt Knoll, Kassierer. Ernst Starke, Revisor. Carl Gante, Revisor.

Abrechnung

des Kartonnagekreises bei den Firmen Girschland und Eiertinger sowie Marf und Schud in Mannheim vom 9. 2. 20 bis einschl. 21. 2. 20.

Table with 2 columns: Einnahmen and Ausgaben. Einnahmen: Aus der Kartonnage 1500 Mfr., Aus der Vorkasse 350, Total 1850 Mfr. Ausgaben: An 2 verheiratete Kollegen 82,80 Mfr. 20 Mfr., An 2 ledige Kollegen 82,80 „ 20 „, An 57 Arbeiterinnen 1201,20 „ 323 „, für Flugblätter u. Anzeigen 29,30 „ 350 Mfr., für Porto und Schreibmaterial 21,00 „, für Vereinfältigungen 14,00 „, für Kofakmiete 20,00 „, für veräumte Arbeitszeit 48,00 „. Total 1500,00 Mfr.

Mannheim, den 9. Mai 1920.

für die Streikleitung:

Karl Bauer, Oscar Stödel, Kassierer. Die Revisoren: J. W. Schmidt, R. Haag.

Literarisches.

Die Gewerkschaftsbewegung. Von Dr. Siegfried Westruppe. 1. Band. 438 Seiten stark. Prochlor 14 Mfr., gebunden 17 Mfr. Verlag von Ernst Heinrich Moritz (Haberer Franz Willebach), Stuttgart. Ein grundlegendes, umfassendes Werk über die Entwicklungsgeschichte der Gewerkschaftsbewegung fehlt bisher. Dr. Westruppe, der bekannte Sozialpolitiker, hat sich dieser großen literarischen Aufgabe unterzogen und sie — nach dem vorliegenden Band zu urteilen — glänzend gelöst. Das Werk zerfällt in die drei Hauptabschnitte: Allgemeines und Theoretisches. — Die Anfänge einer Gewerkschaftsbewegung in Deutschland. — Von der Aufhebung des Sozialistengesetzes bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Das Werk ist eine Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte und der gewerkschaftlichen Probleme in einer Form, die nicht nur den in der Gewerkschaftsbewegung Tätigen befriedigen wird. Die „innere“ Geschichte, das Wesen und Werden der verschiedenen gewerkschaftlichen Einrichtungen, und zwar bis in die neueste Zeit hinein, sind eingehend geschildert. Die vielen Quellen von der ältesten bis zur neuesten Zeit sind ausgiebig benutzt und kritisch verarbeitet. Besonders interessant dargestellt erscheinen Wesen und Wirken der ersten Verbände und die Kampfmethode und Kämpfer im ersten Jahrzehnt. Auch die Beziehungen zu den Genossenschaften, den anderen Gewerkschaftsrichtungen und den Gewerkschaften des Auslandes behandelt das Buch. Es wird ihm binnen kurzem ein zweiter Band folgen, der die Entwicklung der freien Gewerkschaften während des Krieges und in der Revolutionszeit behandeln, sodann in einer Reihe von Kapiteln die übrigen gewerkschaftlichen Richtungen, die Angelegenheitenbewegung usw. darstellen, ferner die Gewerkschaftsbewegung des Auslandes skizzieren wird. Die sozialpolitische Literatur unserer Zeit ist mit dem Buch um eine bedeutende Erziehung bereichert, die die Anteilnahme aller finden wird, die mit dem politischen und wirtschaftlichen Leben in Berührung stehen.

